



- Ratsfraktion -

Die Aktive zum Haushalt 2008

Der Haushalt 2008 schließt mit einem Ergebnis von -3,7 Mio. € ab. Bis zum Ende der Finanzplanung (2011) rechnet man gar mit ca. 10 Mio. € Verlust. Entsprechend sinkt die Ausgleichsrücklage. Folge: Es kommt zu einem **massiven Eigenkapitalverlust und entsprechendem Substanzverzehr**.

Selbst in Boomphasen mit erheblich gestiegenen Steuereinnahmen gelingt es nicht, den Haushalt auszugleichen. Wie soll das erst in Abschwungphasen gelingen? Die alte Regel „Man kann nur das ausgeben, was man auch einnimmt“ bleibt nach wie vor unbeachtet. Korschebroich hat **kein Einnahmeproblem**, sondern ein **Ausgabeproblem**. Die Verwaltung setzt fälschlicherweise in erster Linie auf höhere Einnahmen!

Fließen Gewerbesteuern, Anteile an der Einkommensteuer und Schlüsselzuweisungen in der unterstellten Höhe? Beträchtliche Zweifel sind angebracht. Wie entwickeln sich die Energiekosten? Welche Belastungen aus der demographischen Entwicklung kommen auf uns zu? Wie schlägt die erneute Krise der WestLB (Westdeutsche Landesbank) auf unsere Gemeinde durch? Ausfälle durch geringere Gewerbesteuerzahlungen der Sparkasse und niedrigere Gewinnausschüttung sowie höhere Umlagen der Landschaftsverbände sind zu erwarten. Beide (Sparkassenverbände, Landschaftsverband) stützen als Anteilseigner mit Milliardenbeträgen die West LB.

Kassenkredite (Dispo-Kredite) haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Betrachtungen über die Entwicklung der Verschuldung lassen Kassenkredite außen vor; ebenso bei pro Kopf bezogenen Vergleichen. Insofern wird die tatsächliche **Verschuldung der Stadt Korschebroich enorm verfälscht**.

Die Aktive befürwortet eine **Verkleinerung des Rates** der Stadt Korschebroich ab der nächsten Legislaturperiode. Es gibt genügend Beispiele anderer Kommunen, in denen ein verkleinerter Rat gute Arbeit leistet. Die Argumentation des Bürgermeisters und der CDU sowie der FDP ist fadenscheinig. Von sinkender Bürgernähe kann keine Rede sein. Ein Einsparpotenzial in Höhe von ca. 70.000 € (für die gesamte Legislaturperiode) kleinzureden, verkennt nach wie vor die finanziellen Realitäten in unserer Kommune. Vielmehr scheinen Posten und Privilegien der CDU-Ortsteil-Verbände im Vordergrund zu stehen. Die Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen – ansonsten wird die Konsolidierung der städtischen Finanzen scheitern. Wir sind dazu bereit. An unserer Bürgernähe ändert sich auch zukünftig nichts.

Die Realisierung des **Neersbroicher Feldes** wird von uns abgelehnt. Wir beantragen die Herausnahme aller Mittel aus dem Haushalt. Die bereits in dieses Projekt eingebrachten



Arbeitsstunden hätten sinnvoller verwendet werden können – sowohl in der Verwaltung als auch in der WEK GmbH.

Die **Bildung einer Rückstellung für Grundwassermaßnahmen** in künftigen Jahren ist überfällig. Der Wiederanstieg des Grundwassers ist ein Problem aller Korschenbroicher Bürger. Eine finanzielle Vorsorge muss endlich beginnen. Verdrängen und Aussitzen (wie CDU und UWG) oder Beharren und mit dem Kopf durch die Wand (wie FDP) bringen unsere Kommune und deren Bürger nicht weiter.

Diverse NRW-Kommunen beschreiten seit einiger Zeit neue Wege zur Optimierung ihrer Aufgabenerfüllung. Grundgedanke: Suche nach mehr Effizienz bei geringeren Kosten. Welche Verwaltungsaufgaben können von mehreren Kommunen gemeinsam erbracht werden, welche Arbeit lässt sich bündeln? Warum darf der eigene Bauhof beim Grasmähen nur bis zur Stadtgrenze arbeiten? Warum hält jede Kommune eine eigene Kasse, eine eigene Kämmerei oder ein eigenes Personalamt vor? Beispiele, wo Arbeiten gebündelt werden können und Steuergelder einzusparen sind. Weitere Bereiche, die sich für „**Shared-Services**“ eignen, könnten die Beschaffungen oder das Immobilienmanagement sein.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es mit Blick auf die Entlastung des städtischen Haushalts angezeigt, Ineffizienzen beim Forderungseinzug abzustellen und die bestehenden Potentiale für Haushalt und Liquidität zu erschließen. Neben telefonischen Erinnerungen wäre die Überwachung niedergeschlagener Forderungen durch Dritte ein weiterer denkbarer Schritt. Korschenbroich sollte sich dabei an den erfolgreichen Maßnahmen anderer Städte orientieren. Wir regen an, dass die Verwaltung Kontakt mit anderen Kommunen aufnimmt, die im Hinblick auf ein optimiertes **Forderungsmanagement** bereits erhebliche Erfolge erzielen konnten.

Ein wesentliches Ziel des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) ist die sog. **intergenerative Gerechtigkeit**. Was ist damit gemeint? Nichts anderes als dass die heutige Generation nicht auf Kosten zukünftiger Generationen wirtschaftet! Denn die Generation, die heute die Infrastruktur nutzt und Dienstleistungen in Anspruch nimmt, muss auch heute dafür aufkommen; und nicht alles den künftigen Generationen aufbürden.

Folglich wird der Werteverzehr des Vermögens durch das NKF als Abschreibungen erstmalig erfasst. Investitionen belasten somit (durch die Abschreibungen) unmittelbar die Ergebnisrechnung. Infolge der zu Beginn geschilderten Haushaltslage sind **Kürzungen bei diversen Investitionen** unumgänglich. Wir beantragen, dass einzelne Investitionen gekürzt bzw. verschoben werden.

Personalaufwendungen inkl. Versorgungsaufwendungen bilden mit 12,2 Mio. € (23,1 % der Ordentlichen Aufwendungen des Gesamtergebnisplanes) einen wesentlichen Kostenblock des Haushalts. Eine Konsolidierung des städtischen Haushaltes kann ohne den "Bereich Personal" nicht gelingen. Daher müssen endlich die Anstrengungen verstärkt werden, diese

PRESSEINFORMATION



Aufwendungen zu reduzieren. Ansätze vielfältiger Art (ohne Kündigungen!) liegen vor, man muss sie nur unvoreingenommen prüfen.

Zwischen Umfang der wünschenswert zu bewältigenden Aufgaben des Eigenbetriebes **Stadtpflege** und den aufgrund der kritischen Haushaltssituation zur Verfügung stehenden Mitteln klafft eine erhebliche Lücke. Nur durch Senkung bestehender Standards und Einschnitten im Leistungsumfang sind Kosteneinsparungen zu erzielen. Durch die **Erweiterung der Pflegeklassen** kann das Auftragsvolumen gezielt reduziert werden. Im Haushalt sind Einsparungen möglich. Zudem werden die Mitarbeiter des Eigenbetriebes Stadtpflege entlastet.

Ziele lassen sich allgemein definieren als ein gewünschter Zustand, den man erreichen möchte. Kennzahlen erleichtern die Feststellung/Messung des Zielerreichungsgrades. Neu im Neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF) ist u. a., dass Kennzahlen im Haushalt stehen. Dies dient sowohl der Transparenz als auch einer Selbstverpflichtung. **Die Aktive** drängt darauf, den Haushalt um diverse **weitere Kennzahlen** zu ergänzen **um eine effizientere politische Steuerung der knappen Ressourcen zu ermöglichen**. Einerseits im Hinblick auf Benchmarks beim interkommunalen Vergleich. Andererseits für den Zeitvergleich innerhalb unserer Gemeinde. Deshalb ist es enorm wichtig, frühzeitig -am besten von Anfang an- steuerungsrelevante Kennzahlen zu definieren und festzuschreiben.

Die Aktive

Manfred Henninger
Fraktionsvorsitzender
11.02.2008